

Sperrfrist: 22. August 2009, 1000 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

2. Entwurf. Stand: 20.08.2009-1100

Klare Positionsbezüge: Landwirtschaft, Kinderbetreuung, UBS, Bundesrat.

Ansprache

von

Nationalrat Hans Grunder

Präsident der Bürgerlich-Demokratischen
Partei der Schweiz BDP

anlässlich der

2. Delegiertenversammlung der BDP

Kongresszentrum Thurgauerhof, Weinfelden

Sehr geehrte Frau Bundesrätin!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Behörden!

Sehr geehrte Delegierte!

Geschätzte Gäste!

Zum zweiten Mal darf ich Sie zu einer Delegiertenversammlung der BDP Schweiz begrüssen. Mittlerweile verfügt die Landespartei über zehn anerkannte Sektionen und in weiteren Kantonen sind die Gründungsvorbereitungen für neue Sektionen in vollem Gange. Das ist ein grosser Erfolg für unsere Partei und darauf dürfen wir zu recht stolz sein!

Speziell begrüsse ich unsere Mitglieder, Delegierten und Gäste aus der lateinischen Schweiz. Sie hatten für einmal einen besonders weiten Anreiseweg. Dass Sie dennoch hier sind, rechne ich Ihnen hoch an und ich danke Ihnen sehr für Ihre Art und Weise, wie Sie die BDP Schweiz sprachlich, politisch und kulturell bereichern.

Seit der Gründung der BDP Schweiz am 1. November 2008 in Glarus ist unsere Partei stark gewachsen. Neue Mitglieder in den Gründungskantonen, aber auch neue Kantonalsektionen stiessen und stossen zu uns. Das ist sehr erfreulich.

Viele frische und junge Gesichter haben am Familientisch der BDP Platz genommen. Und die Allermeisten passen sehr gut in unsere Runde.

Es ist aber auch lauter und zuweilen etwas unübersichtlicher geworden. Vereinzelt Querschläger gibt es in jeder Partei, auch in unserer.

Wenn diese nicht bereit sind, sich an die allgemeinen Tischregeln zu halten, müssen wir uns von ihnen trennen. Das ist in ein, zwei Kantonen passiert. Ich bedaure das, aber es war unumgänglich. Punkt. Schluss.

Meine Damen und Herren, dafür heisse ich ganz besonders die erstmals Anwesenden unter Euch willkommen. Ihr steht für unsere breiter und vielfältiger werdende Basis.

Je mehr Kantonalparteien unsere BDP Schweiz hat, desto grösser wird die Ideenvielfalt. Oder anders gesagt: nutzen wir die föderale Struktur unseres Landes auch in diesem Bereich.

Ich unterstütze und begrüsse deshalb ausdrücklich die grossen Anstrengungen in vielen Kantonen und Regionen, in nächster Zeit BDP-Sektionen auf lokaler, regionaler oder kantonaler Stufe ins Leben zu rufen, sie mit Leben zu füllen.

Dies aber bitte in Zusammenarbeit mit Ihrer Kantonalpartei respektive der Schweizerischen Partei – und nicht im Alleingang! Nehmen Sie sich die nötige Zeit, bilden Sie eine tragfähige Personalbasis, machen Sie sich Gedanken zu Programm und Aktivitäten und wagen Sie erst dann den Sprung ins kühle Nass. Nehmen Sie sich also ruhig etwas Zeit. Es lohnt sich – nicht nur bei den momentanen Sommertemperaturen!

Diese Sommertemperaturen übrigens haben offensichtlich auch einzelnen Medienschaffenden zugesetzt, die durch die anstehende Ersatzwahl in den Bundesrat unter fiebrigen Schüben leiden. Es ist ja schön, wenn die BDP mediale Aufmerksamkeit auch in dieser Frage geniessen darf.

Das ist richtig so, nehmen wir die Wahl eines neuen Mitglieds der Landesregierung doch beileibe nicht auf die leichte Schulter. Insbesondere nicht, weil wir aller Voraussicht nach eine neue Vorsteherin oder Vorsteher des eidgenössischen Departements der Innern EDI wählen.

Ohne dass Sie nun daraus eine Präferenz in die eine oder andere Richtung herauslesen sollen – für uns gilt folgender Grundsatz:

Eignung einer Kandidatur aus der lateinischen Schweiz VOR sprachregionalem oder parteipolitischem Anspruch also!

Weniger schön ist es dabei, wenn einzelne Äusserungen von BDP-Exponenten – insbesondere auch von mir – aus dem Zusammenhang gerissen bzw. überhöht werden und dadurch ein falscher Eindruck von Wankelmütigkeit entsteht.

Ich wiederhole deshalb gerne und klar noch einmal die offizielle Haltung der BDP in der Bundesratsfrage und generell punkto ihrer Ausrichtung:

- Wir werden alle offiziell vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten in unsere Fraktion einladen, sie anhören und befragen.
- Danach beschliesst unserer Fraktion eine Wahlempfehlung – dies in völliger Unabhängigkeit und ohne Parteiinstruktion.
- Wir werden uns nirgends anlehnen. Das gilt für die Bundesratswahl, das gilt unmissverständlich aber auch generell für unsere Partei. Eine Anlehnung also weder in die eine noch in die andere Richtung. Und wir schauen schon gar nicht auf den Dezember 2011 und die Gesamterneuerungswahl des Bundesrates. Es gibt keine Bündnisse, keine Versprechen, keine Koalitionen, keine Zusicherungen, keine Fusionen.

Mehr gab und gibt es dazu nicht zu sagen. Wir werden als bürgerliche Kraft unabhängig entscheiden, unabhängig handeln, unabhängig bleiben.

Unabhängig beurteilt die BDP auch die Bemühungen der Schweiz um Beilegung des drohenden Rechtsstreits der UBS in den USA.

Selbstverständlich sind wir froh, dass ein Vergleich und ein damit zusammenhängendes Abkommen in den letzten Tagen unterzeichnet werden konnte. Nicht zuletzt die engagierte Arbeit unserer Bundesrätin und ihrer Mitarbeiter des Bundesamtes für Justiz trug zu diesem für die Schweiz positiven Ergebnis bei und dafür danken wir Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bestens.

Unserer Ansicht nach machte die Eidgenossenschaft das, was man konnte. Nicht mehr – aber auch nicht weniger, zum Glück. Denn selbstverständlich unterstützen auch wir die Interessen des Finanzplatzes Schweiz. Aber nicht schrankenlos.

Ebenso selbstverständlich ist es für uns nämlich, wenn Steuersünder, die ausserhalb des Rechtsrahmens agieren, zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir billigen deshalb ein neues Amtshilfeverfahren, dessen Eckwerte der Bundesrat am vergangenen Mittwoch skizzierte.

Die BDP erwartet nun aber auch, dass sich die UBS gegenüber der Eidgenossenschaft für deren grosse Arbeit zu ihren Gunsten erkenntlich zeigt. Aufflackernde Diskussionen um fehlende oder nicht fehlende Rechtsgrundlagen interessieren uns in diesem Fall schlicht nicht. Hier geht es um den Willen, es geht um die Absicht, der Schweiz substantziell danke zu sagen. Nichts mehr und nichts weniger. Dafür wird sich ein pragmatischer Weg finden lassen.

Gleichzeitig begrüssen wir es, wenn sich nun der Bundesrat nach Beilegung des drohenden Rechtsstreits so rasch als möglich vom UBS-Engagement befreit. Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich länger als nötig als Teilhaber einer privatrechtlichen Unternehmung aufzuführen. Das ist systemfremd.

Ein rascher Rückzug bedeutet dabei nicht einen psychologischen Freipass für das Management. Die BDP wird sich dafür einsetzen, dass ein starkes Aktienrecht der Masslosigkeit einen effizienten Riegel schiebt. Unsere Vorstellungen zu einer solchen Überarbeitung des Aktienrechts werden wir demnächst präsentieren.

Den Riegel schieben müssen wir von Zeit zu Zeit im Übrigen auch dem Bundesrat.

Was er uns diesen Sommer als Vorschlag für eine Regelung der ausserfamiliären Betreuung von Kindern in die Vernehmlassung gegeben hat, entstand wohl auch unter dem Einfluss zu hoher Temperaturen im Bundeshaus.

Wir sind zwar einverstanden mit der Absicht des Bundesrates, die Tagesstrukturen für fremdbetreute Kinder qualitativ zu verbessern. Insbesondere wo eine solche Betreuung regelmässig und gewerblich – also gegen Entgelt – erfolgt, sollen unter anderem auch obligatorische Aus- und Weiterbildungen ein gewisses Niveau und auch eine gewisse Kontrolle ermöglichen. Wie beispielsweise bei anderen Gewerbszweigen auch brächte dies eine Steigerung des Ansehens und des Wertes solcher Tätigkeiten.

Völlig übers Ziel hinaus schießt aber der Bundesrat, wenn er die Betreuung von Kindern auch im Verwandtenkreis mit Lizenzen oder etwas ähnlichem überreglementieren will. Dass er damit vorab frühere Vorkommnisse wie beispielsweise die üble Behandlung von Verdingkindern im Verwandtenverhältnis nach Möglichkeit für die Zukunft ausschliessen will, kann man unter Umständen noch nachvollziehen.

Aber letztlich ist der obligatorische Kurs samt Ausweis für den rüstigen Onkel, das Gotti oder die 25jährige Cousine für uns nun wirklich kein gangbarer Weg.

Er ist vielmehr ein Vorwurf oder ein Misstrauensbeweis des Staates an die vielleicht 98% derjenigen, die freiwillig und gerne und problemlos mithelfen, dass beide Elternteile auf Wunsch zumindest einen Teil ihrer Arbeit ausserhalb der eigenen vier Wände leisten können.

Hier erwartet die BDP vom Bundesrat, dass er die Vorlage für die Kinderbetreuung noch entsprechend substanziell anpasst.

Ein weiteres heikles Feld sind die zur Diskussion stehenden steuerlichen Abzüge für die ausserfamiliäre Betreuung. Knapp daneben ist auch vorbei – könnte man hier sagen.

Der Vorschlag, dass Eltern künftig 12'000 Franken für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Abzug bringen können, währenddem diejenigen, die ihre Kinder selber betreuen, schlicht leer ausgehen sollen, schafft neue steuertechnische Ungerechtigkeiten. Das können wir so nicht akzeptieren.

Die BDP begrüsst moderne Formen der Familiengestaltung. Aber wir setzen uns energisch zur Wehr, wenn Eltern, die ihre Kinder alleine und selbständig erziehen, steuerliche Nachteile gegenüber anderen zu gewärtigen haben.

Auch für die familiäre Kinderbetreuung soll deshalb ein Steuerabzug geltend gemacht werden können. Die BDP empfiehlt in dieser Frage eine Anlehnung an Lösungen, wie sie etwa die Kantone Zug oder Luzern kennen. Paare sollten so beispielsweise 3'000 Franken für die familiäre oder 7'000 Franken für die ausserfamiliäre Betreuung in Abzug bringen können.

Falls ein Abzug für die familiäre Betreuung nicht mehrheitsfähig ist, könnte man als Notlösung darauf verzichten, dafür aber den Abzug für die ausserfamiliäre Betreuung auf 6'000 Franken reduzieren. Das wäre unserer Meinung nach zwar immer noch ein kleiner Sündenfall punkto Steuergerechtigkeit, aber wenigstens ein kleiner – oder zumindest ein kleinerer.

Ein letzter Punkt noch zur aktuellen politischen Lage: erstaunt zwar, aber auch erfreut, nahm die BDP Kenntnis von den Reformplänen von Bundesrat Maurer. Mit der beabsichtigten Reduktion der

Armeebestände vorab zulasten der Artillerie und der mechanisierten Truppen arbeitet der Chef VBS am Entwicklungsschritt 08/11 weiter. Das ist löblich und zielt – versehen mit den nötigen abfedernden Begleitmassnahmen für das militärische Personal in den Kantonen – in die richtige Richtung.

Er heimst damit unter Applaus seiner Partei nun genau diejenigen planerischen Früchte ein, die sein Vorgänger mühselig gesät hat – begleitet von Schmährufen und Vorwürfen, er betreibe Verrat an der robusten Komponente der Landesverteidigung.

Wie auch immer. Gescheiter kann man immer werden. Es ist deshalb Positiv zu werten, dass die SVP damit offensichtlich wieder zu einer vernünftigen Sicherheitspolitik zurückkehren und die Erinnerungen ans Réduit dem Schweizer Fernsehen überlassen will.

Geschätzte Delegierte,

wenden wir uns nun den traktandierten politischen Geschäften zu. Heute befinden wir über die Abstimmungsvorlagen vom kommenden 27. September.

Daneben lassen wir uns über aktuelle Fragen der Landwirtschaft informieren und verabschieden danach ein BDP-Positionspapier zur Agrarpolitik.

Bereits heute möchte ich Sie darüber informieren, dass wir an der nächsten Delegiertenversammlung vom 31. Oktober in Chur ein Positionspapier „Nachhaltige Energiepolitik“ behandeln und verabschieden werden.

Unsere Programmverantwortlichen arbeiten mit den entstehenden Fachgruppen mit Hochdruck an der Umsetzung und Detaillierung des Parteiprogramms, so dass wir bis in einem Jahr zu allen relevanten Politikbereichen aktuelle, klare und mit griffigen Forderungen versehene Positionspapiere haben werden.

Periodisch werden wir Euch Delegierte über den Umsetzungsstand der Positionspapiere und Ihre Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm orientieren.

Dass wir als erstes ein Papier zur Landwirtschaft behandeln, hat übrigens nichts mit Prioritätensetzung oder gar strategischer Planung zu tun, sondern schlicht und einfach mit dem vorbildlichen Fleiss unserer Landwirtschaftsgruppe unter Leitung von Nationalrat Hansjörg Hassler, BDP GR.

Dafür danke ich ihm und allen Beteiligten bestens. Ihr wart die ersten!

Soviel zur Begrüssung und zur Einleitung. Gerne übergebe ich nun das Wort an Herrn Max Vögeli, Gemeindeammann von Weinfeld, und danke ihm bestens für das uns in seiner Stadt gewährte herzliche Gastrecht.
